



**Information nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
Vermittlungsanfragen nach dem Landestransparenzgesetz Rheinland-Pfalz (LTranspG)**

Verantwortlicher:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
(LfDI)

Prof. Dr. Dieter Kugelmann

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

Telefax: +49 (0) 6131 208-2497

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)

Kontaktdaten des (behördlichen) Datenschutzbeauftragten:

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

E-Mail: [bdsb\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:bdsb(at)datenschutz.rlp.de)

Zwecke:

Sie haben uns Ihre Daten im Rahmen einer Vermittlungsanfrage nach § 19 Abs. 7 LTranspG zur Verfügung gestellt. Der LfDI hat gem. § 19 Abs. 1 LTranspG u.a. die Aufgabe, für die Einhaltung der Bestimmungen des Landestransparenzgesetzes Sorge zu tragen und die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu kontrollieren. Nach einer Anrufung des Landesbeauftragten ist es seine Aufgabe, vermittelnd zwischen der anrufenden Person und der öffentlichen Stelle tätig zu werden. Daher ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, welche sich aus § 19 LTranspG ergibt (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c DS-GVO).

Empfänger:

Im Rahmen Ihrer Beschwerde ist es ggf. erforderlich, Kontakt mit der Stelle aufzunehmen, gegen die sich Ihre Vermittlungsanfrage richtet. Dabei wird in der Regel der Gegenstand Ihrer Vermittlungsanfrage erläutert und Ihr Name dann genannt, wenn dies zur weiteren Aufklärung erforderlich ist.

Speicherdauer:

Um Ihr Anliegen zu bearbeiten, werden die von Ihnen gemachten Angaben in Papier- und in elektronischer Form hier gespeichert. Nach Abschluss des Verfahrens werden Ihre Daten drei Jahre gespeichert. Nach Ablauf dieser Frist werden die Verfahrensunterlagen archiviert (wenn hierfür ein öffentliches Interesse im Sinne des Archivrechts besteht) oder vernichtet.



Betroffenenrechte:

Sie haben das Recht, jederzeit **Auskunft** zu verlangen, welche personenbezogenen Daten bei uns über Sie verarbeitet werden. Sie können deren **Berichtigung** verlangen und deren **Löschung**, sofern die Verarbeitung nicht mehr (z.B. zu unserer Aufgabenerfüllung) erforderlich ist. Als Behörde sind wir verpflichtet, unser Handeln zu dokumentieren. Dazu gehört auch, die Angaben von Beschwerdeführerinnen und -führern auch nach Abschluss des Verfahrens vorzuhalten. Auch in diesen Fällen besteht kein Anspruch auf Löschung.

Sie können verlangen, dass die **Verarbeitung** Ihrer personenbezogenen Daten **eingeschränkt** wird, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen (z.B. in Fällen, in denen die Richtigkeit Ihrer Daten nicht feststeht). Ihre Daten dürfen dann nur noch eingeschränkt verarbeitet werden. Sie können der Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei uns **widersprechen**, wenn hierfür Gründe aus Ihrer besonderen Situation vorliegen.

Ebenso haben Sie ein **Recht auf Herausgabe** der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format.